

3 Fragen an die Vertreter



FBP
LIECHTENSTEIN

Elfried Hasler, FBP



**FREIE
LISTE**

Wolfgang Marxer, FL

Eine Studie der Stiftung Zukunft.li sagt voraus, dass wir in zwanzig Jahren mehr als drei Mal so viele über 80jährige haben. Die hohen Kosten für Pflege und Betreuung von derzeit rund 40 Mio. Franken werden zu einem Teil von Gemeinden, Land und Krankenkassen bezahlt. Mit dem demografischen Wandel werden sich diese Kosten deutlich erhöhen. Die Finanzierung der Alterspflege wird zu einem Problem, wie Erbprinz Alois und Regierungsrat Mauro Pedrazzini dies prognostizieren und schlagen eine Reform vor. Wie stehen Sie generell zur Einführung einer Pflegeversicherung in Liechtenstein?

Die Pflegeversicherung ist lediglich eine von verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten der Alterspflege und -betreuung. Aber auch diese Möglichkeit ist in der dringend notwendigen politischen Diskussion eingehend zu analysieren und anderen Finanzierungsformen gegenüberzustellen.

Heute werden die Betreuungs- und Pflegekosten schwerpunktmässig von Staat/Gemeinden/Krankenkassen und zu rund 1/5 auch von den zu Betreuenden bzw. deren Familienangehörigen finanziert. Die prognostizierte Kostenexplosion zwingt die Politik, die Finanzierung neu aufzugleisen. Die heutige Kostenverteilung ist – ohne definierte Neueinnahmen im Staatshaushalt – nicht mehr tragbar. Die Einführung einer Pflegeversicherung ist ein Ansatz, die erwähnte Studie brachte die Idee eines individuellen Zwangssparen in die Debatte ein. Noch völlig unklar ist, wie und von wem die Einnahmen generiert werden. Nur eine solidarische, für den Einzelnen tragbare Lösung, ermöglicht ein Leben in Würde auch im Alter.

Die Belastung für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde zunehmen. Ist diese Mehrbelastung den Betrieben und ihren Angestellten zuzumuten?

Die künftige Finanzierungsproblematik liegt weniger in der Frage wie weit sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber an den steigenden Betreuungs- und Pflegekosten beteiligen, sondern wie eine gerechte Verteilung der Kosten zwischen den Generationen erreicht werden kann. Das heutige Finanzierungssystem basiert stark auf einem Umlageverfahren, das die Kosten weitgehend der nachfolgenden Generation überlässt. Hier sind Anpassungen nötig.

Dieser Studie liegt die Idee zu Grunde, dass ein individuelles Pflegekapital aufgebaut wird, das für die Betreuung und Pflege im Alter gebraucht wird. Die Spannweite zur Finanzierung reicht von «alles wird vom Staat finanziert», was letztlich ja die Steuerzahler wären, bis hin zu «ist jedem Individuum selbst überlassen», was für viele schlicht nicht finanzierbar wäre und der Altersarmut eine völlig neue Dimension gäbe. Wer wieviel und wer überhaupt zahlt - Staat, Arbeitnehmer, Arbeitgeber oder die Erben – das gilt es heute zu klären. Anders als bei den Kürzungen in der AHV- und Krankenkassenfinanzierung darf sich der Staat hier nicht aus der Verantwortung stellen.

Gibt es dazu Alternativen? Und wie haben andere Staaten das Problem der Alterspflege gelöst?

Neben einer Pflegeversicherung kann die Alterspflege und -betreuung auch über Steuern oder Kopfprämien, wie den Krankenkassenprämien, erfolgen. Weiters ist das freiwillige oder verpflichtende Ansparen eines Pflegekapitals eine Option. Zudem können natürlich die Leistungen aus der 1. Säule (AHV), der 2. Säule (Pensionskasse) oder die Mittel der 3. Säule (Ersparnisse/Vermögen) für die Finanzierung herangezogen werden. Letztendlich wird in einem gesellschaftspolitischen Dialog realistischere Weise ein Mix aus heute schon bestehenden, bzw. anzupassenden und allenfalls neu zu schaffenden Finanzierungsinstrumenten zu bestimmen sein. Dieser Mix muss neben Solidaritäten auch auf Eigenverantwortung abstellen und darf das Finanzierungsproblem nicht einfach den nachfolgenden Generationen überlassen.

Könnte mit einer Umgestaltung einer der bestehenden Altersvorsorge-Säulen nicht das gleiche Ziel erreicht werden? Entweder durch Erhöhen der AHV-Beiträge oder ein Anpassen der Pensionskassenbeiträge, wodurch die Arbeitgeber mit im Boot wären. Selbst die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer darf kein Tabu sein.

der 4 Parteien



Viola Lantner-Koller, VU

Grundsätzlich erachte ich die Einführung einer obligatorischen Pflegeversicherung für prüfenswert. Denn das Prinzip der Eigenverantwortung und des Vorsorgens im Pflegefall sollte ebenso gelten wie im Krankheitsfall und im Alter. Sagt Liechtenstein ja zu einer solchen Pflegeversicherung, müsste meines Erachtens eine Lösung mit den Krankenkassen oder den Werken der Altersvorsorge gesucht werden, denn es liegt nahe, diese Institutionen mit der Durchführung der Pflegeversicherung zu betrauen. Speziell zu überlegen wäre dabei, zu welchen Bedingungen die erste Generation, die von dieser Versicherung Gebrauch machen muss und selber ja nur ungenügende Beitragszahlungen geleistet hat, in den Genuss von Betreuungs- und Pflegedienstleistungen kommt.

Es muss überlegt werden, wie die Pflegeversicherung finanziert wird und wie eine finanzielle Mitverantwortung aussehen könnte. Klar ist: Es braucht einen gesunden Mix aus privater und staatlicher Verantwortung. Der Staat sollte nur in jenen Fällen unterstützend wirken, in denen der Private nicht in der Lage ist, die Kosten für die Pflege zu stemmen, darf sich aber sicher nicht ganz aus der Verantwortung ziehen. Damit dieser Mix funktioniert, braucht es ein Anreizsystem, das die private Vorsorge begünstigt. Gleichzeitig ist aber drauf zu achten, dass Geringverdiener und der Mittelstand nicht zusätzlich belastet werden.

Die Stiftung Zukunft.li stellt in ihrer Studie den Ansatz eines vererbaren Pflegekapitals, basierend auf dem Konzept von Avenir Suisse, zur Diskussion. Der Gesetzgeber müsste ein bestimmtes Altersjahr festlegen, ab dem monatlich ein individuelles Pflegekapital angespart würde. Wäre dieses dann aufgebraucht, kommen öffentliche Unterstützungsleistungen zum Einsatz. Ist das Kapital im Todesfall noch vorhanden, wird es vererbt. Mit diesem System würde ein Anreiz für Angehörige geschaffen, wenn möglich eigene Betreuungsleistungen zu erbringen. Der Nachteil dieses Systems ist allerdings die lange Anlaufzeit. Für die Übergangsfrist müsste eine separate Regelung erfolgen.



Peter Wachter, DU

Die Pflegekosten werden in den nächsten Jahren aus verschiedenen Gründen steigen, so viel ist sicher. Ob aber eine Pflegeversicherung der Weisheit letzter Schluss ist, darüber lässt sich streiten, denn: Schon heute sind viele Familien bedingt durch die hohen Gesundheitskosten stark belastet; eine zusätzliche Versicherung ist für viele nicht mehr finanzierbar. Versicherungen erzeugen eine gewisse Mentalität: Wer einbezahlt, will auch profitieren. Das Sparen für das Alter wäre unattraktiv, schliesslich ist man ja versichert. Natürlich wollen die sogenannten Leistungserbringer Gewinne erzielen und werden sich gerne am neuen Topf bedienen. Wie bei den Krankenkassen würden die Kosten ständig steigen – mit unabsehbaren Folgen.

Vor allem das einheimische Gewerbe würde sich mit zusätzlichen Lohnkosten schwertun. Die Konkurrenz im Ausland, wo die Lohnkosten niedriger sind, macht vielen KMU jetzt schon zu schaffen. Auch für viele Arbeitnehmer wären Lohnnebenkosten nicht zu verkraften.

In der Altenpflege gibt es – wie in vielen anderen Bereichen – ein sogenanntes Nord-Süd-Gefälle. Während im Norden der Staat glaubt, «von der Wiege bis zum Grabe» sich um seine Bürgerinnen und Bürger kümmern zu müssen, sind es im Süden eher die Familien, die die Altenpflege organisieren und auch oft übernehmen. Liechtenstein als Land in der Mitte sollte eine Lösung in der Mitte suchen. Das heisst: Eigeninitiative fördern und zulassen. Wer das Glück und die Möglichkeit hatte, in seinem Berufsleben Vermögen aufzubauen, sollte selber die Verantwortung für seine Pflege im Alter übernehmen. Es kann nicht sein, dass grosse Vermögen bei Eintritt ins Pensionsalter verschenkt werden und der Staat später für die Pflege sorgen muss. Es darf aber auch niemand aussen vor bleiben. Der Staat (Land und Gemeinden) sollten aber nur dann einschreiten, wenn keine Alternativen da sind. Möglichst viel Eigenverantwortung und Eigeninitiative, das sollte unser Credo sein.